

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/38

25. Februar 1976

Wann startet der CDU-Buß das "große Aufräumen"?

Das Elend der Non-Straußkonformisten in der Union

Von Wilhelm Dröcher
Mitglied des Präsidiums der SPD

Seite 1 und 2 / 92 Zeilen

Ein eklatanter Fall von Geschichtsfälschung

Strauß verbreitet bewußt die Unwahrheit über die
deutsche Ostpolitik

Von Dr. Diether Posser MdL
Mitglied des Vorstandes der SPD und der Kommission
für internationale Beziehungen und Justizminister von
Nordrhein-Westfalen

Seite 3 und 4 / 68 Zeilen

Wollen uns die Arztfunktionäre das Fürchten lehren?

Harte Fakten gegen die Versuche einer Emotionsagitation

Von Friedel Läßle MdL
Vorsitzender der Kommission Gesundheitspolitik beim
SPD-Vorstand und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 5 und 6 / 100 Zeilen

Staatsbegräbnis dritter Klasse für Jugendgesetzbuch

Die Union ließ ihre halbherzige Initiative sang- und
klaglos beerdigen

Von Norbert Geneel MdB
Mitglied des Bundestageausschusses für Arbeit und
Sozialordnung

Seite 7 und 8 / 56 Zeilen

Bundesrepublik Deutschland im Februar 1976

Die Demokratie und der Neo-Nationalsozialismus

Seite 9 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telefax: 02 80 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Wann startet der CSU-BoB das "große Aufräumen"?

Das Elend der Non-Straußkonformisten in der Union

Von Wilhelm Dröschner

Mitglied des Präsidiums der SPD

Kohl hätte besser geschwiegen: Seine Erklärung vor dem Plenum des Deutschen Bundestages, er sei im Hinblick auf die abweichenden Meinungen der Männer von Weizsäcker bis Blüm stolz auf die Meinungsfreiheit in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, war pure Heuchelei. Einmal, weil er ja ganz offensichtlich bis zu dem Warnschreiben des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß an alle CDU/CSU-Länderchefs selbst eine abweichende Haltung einnahm (und einnennen durfte), zum anderen, weil ihm nicht verborgen geblieben sein konnte, wie die Unions-Fraktion am Tage zuvor hinter verschlossenen Türen über jene führende Unions-Politiker hergefallen war, die meinten, sich eine eigene Meinung und Position leisten zu können.

Gewiß sind Strauß, Dr. Alfred Dregger und Dr. Werner Marx kaum mehr in der Lage, noch vor der Bundestagswahl ein Exempel über das Fähnlein der 15 Aufrechten zu statuieren; der Wahlkampf, den vor allem der "gelbe" Flügel der Union nationalistisch anheizen will, läßt dies nicht mehr zu. Gleichwohl mehren sich die Anzeichen dafür, daß nach der Wahl bei der Union Köpfe rollen werden, wenn Strauß immer noch, vielleicht gar verstärkt, das Sagen haben wird.

Niemand, auch Dr. Kohl nicht, wird sagen können, daß man von den Ansichten des Wortführers jenes Flügels nichts gewußt habe, der nicht nur die demokratische Linke im deutschen Parteiengefüge diffamiert, sondern auch fortschrittliche, aus Strauß-Sicht also linke Kräfte, die durchaus Christen sind. Laut "Welt" vom 14. Februar hat Strauß zugegeben, daß die bayerische CSU jetzt Organisationsformen von spanischen Christdemokraten um Silve Munoz unterstütze. Das sind Leute, die der CDU, der Konrad-Adenauer-Stiftung, etwas rechtslastig erscheinen. Strauß hat - immer noch laut "Welt" - genau beschrieben, welche Zielrichtung er in Spanien fördert: "Wir (CSU und Munoz-Christen) sind entschlossen, auch mit anderen Gruppen zusammenzuarbeiten, aber nur mit solchen, die ihrerseits eine Zusammenarbeit mit der Volksfront sowie mit Sozialisten, Marxisten und linken Christen ablehnen!"

Dr. Norbert Blüm, katholischer Vorzeige-Linker der CDU, muß befürchtet haben, daß er aufgrund seiner Zugehörigkeit zum "Bensberger Kreis" nach dessen jüngsten positiven Aussagen zum demokratischen Sozialismus bald zum Abschluß, und das zunächst bei der Aufstellung der CDU-Landesliste Rheinland-Pfalz, freigegeben würde. Da Kohl zurzeit praktisch alle Strauß-Eskapaden mitträgt, und weil gegen Kohls Willen in Rheinland-Pfalz kein sicheres Landeslistenmandat vergeben wird, hat der bedächtige Blüm verächtlich schnell Konsequenzen gezogen. Denn das unstrittene Papier über das Verhältnis von Christentum und Sozialismus kannte er natürlich nicht erst seit der Veröffentlichung im "Spiegel".

Die Angriffe auf Blüm, Ketzer und Anhang sind nicht neu. Auch nicht die Unterstützung durch Kohl, der 1972 Blüm nach Ludwigshafen holte und aus

dem dortigen Wahlkreis auch wieder vertrieb. Anfang 1974 konfrontierte das Hamburger Magazin "Stern" (13/74) den CSU-Vorsitzenden mit der Frage, er wolle doch "einige Linke notfalls aus der Partei 'exekutieren'" und wo da denn die Grenze sei. Strauß dazu wörtlich: "Da drängen sich dann vielleicht Namen wie Katzer, Blüm, Ferdi Bredbach auf. Aber entscheidend ist doch, daß wir alle auf dem Boden der gleichen Wertordnung stehen. Sollte das nicht zutreffen, wäre ich auch für Konsequenzen."

Auf die Zusatzfrage, ob denn Katzer und Blüm noch auf dem Boden der Wertordnung der CDU-Mehrheit stünden, antwortete Strauß: "Sicher nicht der Mehrheit, aber auf dem Boden der gemeinsamen Wertordnung im Großen... Wenn aber jemand sagt: Wir werden, wenn es um die Interessen unserer Gruppe geht - seien es Arbeitnehmer, Bauern, Beamte oder Rentner - notfalls aus der Fraktion ausscheren und mit wechselnden Mehrheiten abstimmen, dann ist die Glaubwürdigkeit der Union in Frage gestellt."

Und daß eben Strauß und seine Freunde vor allem an jene denken, die kleine Leute vertreten wollen, das hat nicht nur die Aufzählung gezeigt ("Arbeitnehmer, Bauern, Beamte oder Rentner"), sondern auch seine ergänzende Philippika gegen jene, die den Sozialstaat im Vergleich zum Rechtsstaat gleich- oder gar vorrangig sehen. Strauß wörtlich: "Wo jemand bei uns (in der Union) den Sozialstaat in Widerspruch zum Rechtsstaat setzt, wo jemand der Lebensqualität und der sozialen Sicherheit Vorrang vor persönlicher Freiheit gibt, da würde ich sagen: Wir trennen uns lieber von diesen Leuten."

Die Zielrichtung, die der eigentliche Herr der Union anstrebt, ist ganz klar: Wer glaubt, in einer angeblichen Volkspartei etwa Widersprüche im Rechtsstaat hinsichtlich seines sozialen Gehalts festzustellen, ist nicht mehr tragbar. Und wer glaubt, Lebensqualität und soziale Sicherheit vor persönlicher Freiheit setzen zu müssen, was immer ein Mann vom Zuschnitt des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß darunter verstehen mag, hat also in der Union nichts mehr zu suchen. Namen wie Blüm, Katzer und Bredbach hat Strauß von sich aus schon 1974 ins Gespräch gebracht. Der Name des CDU-Bundestagsabg. und Umwelt-Experten Herbert Gruhl, der in seinem Buch eindeutig der Lebensqualität den Vorzug vor den persönlichen Freiheiten einräumte, so, wie sie die Rechtskonservativen vertreten, ist inzwischen sicher auch schon für den Tag X vorgemerkt.

Zurück zum deutsch-polnischen Vertragswerk, das Nationalisten und Chauvinisten gemeinsam mit den Nur-Wahl-Strategen zu Fall bringen wollen, selbst dann, wenn zunächst 125.000 Deutsche aus Polen nicht mehr ausreisen können, wenn Milliardenlasten für die deutsche Rentenversicherung und Einbußen für das internationale Ansehen der Bundesrepublik Deutschland drohen. Hier sind politisch-personelle Konsequenzen aus der Sicht des CSU-Vorsitzenden praktisch unabwendbar, wenn man bedenkt, daß zu einem großen Teil wiederum die von Strauß längst genannten Namen im Bundestagsprotokoll stehen. Daß inzwischen in der CDU/CSU-Fraktion gegen so gewichtige Persönlichkeiten wie Richard von Weizsäcker, Dr. Gerhard Schröder, Dr. Blüm, Kiep und Katzer Leute wie die Hinterbänkler um den Filbinger-Intimus Häfele sowie der ehemalige Jusso-Bundesvorsitzende Dr. Günter Müller auftreten können, spricht Bände. Die "Abrechnung" mit jenen CDU-Politikern, die auch innerhalb von Fraktion und Partei auf persönliche Freiheit Wert legen, ist gewiß nicht aufgehoben, sondern nur aufgeschoben.

(-/25.2.1976/bgy/e/pr)

Ein eklatanter Fall von Geschichtsfälschung

Strauß verbreitet bewußt die Unwahrheit über die deutsche Ostpolitik

Von Dr. Diether Posser MdL

Mitglied des Vorstandes der SPD und der Kommission
für internationale Beziehungen und Justizminister von Nordrhein-Westfalen

Der CDU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat in einem Interview mit der Springer-"Welt" vom 23. Februar 1976 seine Ablehnung der sozialliberalen Ostpolitik begründet. Seine Kernthese lautet: "Diese deutsche Ostpolitik entspricht einem Vollzug der Karlsbader Beschlüsse der kommunistischen Parteien vom Jahre 1967."

Es ist ausgeschlossen, daß Strauß nicht die Unwahrheit dieser Aussage kennt, denn spätestens seit dem Bau der Berliner Mauer 1961 wußte Strauß als damaliger Bundesminister, daß unsere westlichen Verbündeten uns zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze, zu Verhandlungen mit der DDR und zum Ausgleich mit den osteuropäischen Staaten drängten. Dies ergibt sich z.B. zwingend aus den "Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik", die der langjährige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagesfraktion, Dr. Heinrich Krone, der von 1961 bis 1966 Mitglied der Bundesregierung gewesen und ein Intimus des ersten Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, war, 1974 zur Veröffentlichung freigegeben hatte.

Am 25. September 1961 vermerkte Krone: "In diesem Zusammenhang wurde in dem Gespräch beim Kanzler wiederum von dem gesprochen, was vor kurzem McCloy Besuchern in den Staaten gesagt hatte. Es gehe um drei Fragen, so habe McCloy gemeint: um die Oder-Neiße-Linie als Grenze, um die Anerkennung Pankows, um Berlin als einer freien Stadt. Wir Deutschen täten gut daran, so McCloy, von uns aus das Gesprächsangebot im Interesse des Ost-West-Friedens in diesen drei Fragen zu machen."

In der Eintragung vom 9. Oktober 1962 heißt es: "Wir stehen vor ernstesten Entscheidungen. Wir werden vieles schlucken müssen. Schon jetzt legen die Amerikaner uns nahe, doch an der realen Existenz Pankows nicht vorbeizugehen."

Zahlreiche Notizen Dr. Krones in den folgenden Jahren weisen in dieselbe Richtung: "England und auch Kennedy suchen den Ausgleich mit Sowjet-

rußland; wir müssen zahlen" (1. Januar 1963). "Wir sind beileibe kein Subjekt der Politik. Wir sind Objekt am Verhandlungstisch der Amerikaner und Sowjets. Was bedeuten wir? Man geht an uns vorbei. Die Amerikaner nehmen den Status quo in Europa hin, und wer dagegen angeht, begegnet dem Einwand, wie er denn den Status quo beheben wolle" (22. Juli 1965). "Man drängt uns immer mehr auf die Linie des bedingungslosen Verzichts auf Atomwaffen, der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und der Normalisierung zu Pankow" (15. Februar 1967). "Es ist nichts als Täuschung der Öffentlichkeit, wenn der deutsche Regierungssprecher feststellt, auch die Briten seien nach wie vor der Meinung, daß die künftigen deutschen Grenzen im Osten erst beim Abschluß des Friedensvertrages festgelegt würden. Was hier zu sehen ist, ist dieses: Die britische Regierung sagt Moskau und der Öffentlichkeit, daß für sie die Oder-Neiße-Linie die Grenze ist" (16. Februar 1967).

Alle diese Eintragungen liegen vor der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien Europas, die - ohne Beteiligung Albanien, Jugoslawien und Rumänien - vom 24. bis 26. April 1967 stattgefunden hat. Sie beweisen auch, daß der Bundesrepublik Deutschland in der Sackgasse der früheren Ost- und Deutschlandpolitik die weltpolitische Isolierung drohte, vor der die realistische sozialliberale Außenpolitik unter Brandt und Scheel unser Land bewahrt hat.

Soweit die Karlsbader Konferenz Vorschläge machte, die gegen unsere und unserer Verbündeten gemeinsame Interessen gerichtet waren, wurden sie nicht nur von der Bundesregierung Kiesinger/Brandt, sondern auch von den nachfolgenden sozialliberalen Bundesregierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher abgelehnt (z.B. Auflösung der NATO, Abzug fremder Truppen vom Gebiet europäischer Staaten, Nichtbeteiligung der USA an der vorgeschlagenen Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa).

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik war und ist ein mit unseren Verbündeten abgestimmtes Bemühen um Friedensicherung, freilich zugleich für uns Deutsche eine bittere Einsicht in schmerzliche Notwendigkeiten.

(-/25.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Wollen uns die Arztfunktionäre das Fürchten lehren?

Harte Fakten gegen die Versuche einer Emotionsagitation

Von Friedel Läßle MdL

Vorsitzender der Kommission Gesundheitspolitik beim
SPD-Vorstand und Mitglied des Vorstandes der SPD

Die Landesführung will die Ärzte nach eigenem Bekunden auf die Barrikaden treiben. In Flugblattaktionen, teuren ganzseitigen Anzeigen und nicht zuletzt in Protestversammlungen will man sich gegen "Diffamierungen in der Öffentlichkeit", gegen den "Versuch, die Ärzte zu Anbietern von Waren zu machen", und gegen die "Zerstückelung des Vertrauensverhältnisses zwischen Arzt und Patient" zu Wehr setzen.

Eine Absicht, die akzeptiert und hingenommen werden könnte, wäre sie angebracht und in Form und Inhalt nicht so masslos überzogen. Wer sich gegen Diffamierungen zur Wehr setzt, wird unglaublich, wenn er seinerseits die übergrössige Zahl der Kritiker insgesamt und pauschal verunglimpft, ohne auf deren Argumente einzugehen.

Was ist Anlass dieser öffentlich geführten und nun massive Formen annehmenden Auseinandersetzung?

Seit Jahren warnen Gesundheitspolitiker und Sozialexperten vor immer rascher ansteigenden Kosten im Gesundheitswesen. So war es nicht zuletzt der rheinland-pfälzische CDU-Gesundheitsminister Dr. Heinrich Geissler, der mit der Horrorzahl von über 100 Milliarden DM zu erwartende Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für das Jahr 1979 aufschreckte. 100 Milliarden, die von 91 vH der Bevölkerung, die Sozialversicherte sind, durch deren Krankenkassenbeiträge aufgebracht werden müssen, die selbstverständlich genauso explosionsartig ansteigen würden.

Seit dem Bewusstwerden dieser Kostenentwicklung, die - wenn nichts entscheidendes geschieht - in ihrer prognostizierten Höhe realistisch als eher untertrieben zu bezeichnen ist, hat die Suche nach den Ursachen ihres sozialpolitisch gefährlichen Ausmasses in der Öffentlichkeit in aller Breite eingesetzt und zugleich auch die Kritik am gesamten Gesundheitssystem vertieft. Fragen der Gesundheitsversicherung sind in den letzten Wochen zu einem der meist diskutierten und beschriebenen Themen geworden, deren sich auch Illustrierten und die bunte Presse annehmen: ein Beweis des hohen öffentlichen Interesses.

Es hätte der Ärztlichen Landesführung seit langem gut angestanden, mit in die Problematik, also dem Suchen nach Lösungsmöglichkeiten, einzusteigen. Doch das ist so gut wie nicht geschehen. Reaktionen dienen ausschließlich der Verteidigung des derzeitigen Besitzstandes. Geradezu unverständlich ist es, wie wenig Einsicht und Bereitschaft bei der Ärztlichen Landesführung vorhanden ist, um eine ernsthafte Diskussion über Organisation, Leistungsstand und Kostenaufwand unseres Gesundheitswesens überhaupt zu führen.

Unbestritten ist, daß die Gründe für die Kostenexplosion sowohl in einer durch verbesserten Gesundheitsschutz, höhere Lebenserwartung und gestiegenes Gesundheitsbewusstsein bedingten Leistungsausweitung als auch in der derzeitigen Struktur unseres Gesundheitswesens selber zu suchen sind. Leistungsausweitung und starre Strukturen verursachten Kostensteigerungen, die in ihrem jetzigen Ausmaß jedoch weit überzogen sind und von daher eingedämmt

werden können und müssen. Hauptsächlich trifft dies für Krankenhauskosten, in geringerem Umfang aber auch für Arzneimittelkosten zu. Unstrittig ist zudem, daß auch bei der gesetzlichen Krankenversicherung und durch die Versicherten selber eingespart werden kann.

Keine der zahlreichen kritischen Stimmen behauptet jedoch, wogegen sich die Ärztesführung mit Vehemenz wehrt, daß überhöhte Ärzteeinkommen die Hauptschuld an der Kostenexplosion trügen. Sicherlich wird zu Recht kritisch und anklagend vermerkt, daß das durchschnittliche Kassenhonorar je Kassenarzt (85 vH des Gesamtumsatzes) von 122 204 DM im Jahre 1970 auf fast exakt 200 000 DM im Jahre 1974 und damit um 63,35 vH angestiegen ist. Man wird feststellen dürfen, daß keine andere Berufsgruppe von 1970 bis 1974 gleichfalls eine durchschnittliche jährliche Einkommensverbesserung von 15,2 vH hatte. 1975 betrug der durchschnittliche Umsatz eines niedergelassenen Arztes mit Sicherheit über 250 000 DM und damit sein zu versteuerndes Einkommen - wenn vom Umsatz durchschnittlich ein Drittel an Praxisunkosten abzuziehen ist - rund 160 000 bis 170 000 DM: Einkommen, die fast ausschließlich aus den Krankenkassenbeiträgen der Versicherten bezahlt werden.

Niemand neidet den Ärzten ein solches - wenn auch überhöhtes - Einkommen für eine mit Sicherheit weit überdurchschnittliche Leistung. Niemand verkennt, daß bei weniger als 50 000 niedergelassenen Ärzten in der gesamten Bundesrepublik deren Einkommen nur einen geringen Teil der gesamten Ausgaben zur Gesundheitsversicherung ausmachen. So erforderlich eine Korrektur der Ärzteeinkommen auch ist, so wenig vermag man durch sie allein die Kostenexplosion wirksam einzudämmen.

Den Ärztesfunktionären würde es gut anstehen, und es könnte dem notwendigen Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient dienlich sein, wenn sie die Situation und Position des Arztes selber in eine kritische Beleuchtung einbezögen. Leider ist die jetzt begonnene Kampagne jedoch das genaue Gegenteil davon. Der Versuch, Druck auszuüben, um die Parteien noch rechtzeitig vor den Wahlen das Fürchten zu lehren, wird sich als Bumerang erweisen. Eine Reform des Gesundheitswesens ist notwendig. Sie wird auch durch den stärksten Interessendruck nicht aufzuhalten sein und darf sich vor allem nicht in einer Eindämmung der Kostenexplosion erschöpfen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat mit ihrem Entwurf der Gesundheitspolitischen Leitsätze Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens zur Diskussion gestellt. Damit verfolgt sie keine ideologischen Vorstellungen die das heutige System aus den Angeln heben, wie von Ärztesfunktionären unterstellt wird. Die Vorschläge, von denen heute niemand weiß, ob sie in dieser Form beschlossen werden, haben die Absicht, das jetzige System der Gesundheitssicherung so zu reformieren, daß das soziale Grundrecht eines jeden Bürgers auf Schutz und bestmögliche Wiederherstellung seiner Gesundheit optimal gewährt wird. Was die Ärzte selber anbelangt, so hält der Entwurf an freier Arztwahl und freiberuflicher Tätigkeit des niedergelassenen Arztes ausdrücklich fest und erteilt der Verstaatlichung eine eindeutige und begründete Absage.

Mit dem größten Teil der niedergelassenen Ärzte wird man über unsere Reformvorschläge mit Sicherheit auch ernsthaft und vorurteilsfrei diskutieren können. Die ärztliche Standesführung wäre gut beraten, die eigene Position bald zu überdenken. Die jetzige Kampagne nützt niemandem, sie ist höchstens dazu angetan, die Ärzteschaft noch verschärfter in die Diskussion zu bringen. So jedenfalls ist sie nichts anderes als ein unnützes und zudem noch spektakuläres Eigentor.

Sollte sich die Standesführung jedoch dazu entschliessen, die begonnene Aktion wider alle Vernunft dennoch fortzusetzen, so wird sie mit Reaktionen rechnen müssen. Die SPD jedenfalls darf und wird unangebrachte Vorwürfe nicht widerapruchslos hinnehmen. Auf Flugblattaktionen der Ärzteschaft in den Wartezimmern wird man mit Aufklärungsarbeit vor den ärztlichen Praxen antworten müssen.

Staatsbegräbnis dritter Klasse für Jugendgesetzbuch

Die Union ließ ihre halbherzige Initiative sang- und klanglos beerdigen

Von Norbert Gansel MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Der Bundestag hat einen CDU/CSU-Antrag auf Schaffung eines Jugendgesetzbuches "für erledigt" erklärt. Diese Entscheidung erfolgte ohne Aussprache und ohne Gegenstimme. Damit wurde eine jugendpolitische Initiative der Unions-Parteien zu Grabe getragen. Es war ein Staatsbegräbnis dritter Klasse. Dennoch sollte der Öffentlichkeit in Erinnerung gerufen werden, was da so ohne jegliche Anteilnahme seiner Erzeuger dahingeschieden war.

Im September 1973 beauftragten die Abg. Rollmann, Kroll-Schlüter und die CDU/CSU-Fraktion: "Die Bundesregierung wird ersucht, dem Bundestag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Recht der Jugendhilfe, der Ausbildungsförderung, des Jugendschutzes, des Jugendstrafrechts und des Jugendstrafvollzugs aufeinander abgestimmt, reformiert und zu einem einheitlichen und umfassenden Jugendgesetzbuch zusammengefaßt wird."

Der Unions-Antrag wurde in den zuständigen Ausschüssen zusammen mit dem Allgemeinen Teil des Sozialgesetzbuches behandelt. Der halbherzige Versuch von Unions-Politikern, mit der Forderung nach einem Jugendgesetzbuch die Jugendhilfe aus dem Gesamtplan des Sozialgesetzbuches herauszuprennen, mißlang. Dabei wurde die Problematik der Einbeziehung der Jugendhilfe in das SGB auch von den Sozialdemokraten gesehen. Man entschied sich für eine Ausgestaltung der Jugendhilfe zu einem der besonderen Teile des Sozialgesetzbuches, um einerseits der sozialpädagogischen Orientierung der Jugendhilfe gerecht zu werden und andererseits die Kodifikation des gesamten Sozialrechts nicht zu gefährden. Bis zur grundlegenden Reform der Jugendhilfe, die für die Sozialdemokraten hohe

politische Priorität behält, gilt das jetzige Jugendwohlfahrtsgesetz seit dem 1. Januar 1976 als Besonderer Teil des SGB.

Die Unions-Parteien möchten zwar noch wie vor die Jugendhilfe wie auch das Wohngeld aus dem Sozialgesetzbuch herauslösen, das Vorhaben eines Jugendgesetzbuches aber ist tot. Welchen Sinn hätte es auch gehabt, in einem Gesetz die Ausbildungsförderung, für den 34jährigen Familienvater und den Kinobesuch seiner siebenjährigen Tochter zu regeln? Und das auch noch unter dem Etikett "Jugend"? Warum wollten die Unions-Parteien ausgerechnet das Jugendarbeitsschutzgesetz in ihr "einheitliches und umfassendes Jugendgesetzbuch" nicht miteinbeziehen? Wem sollte ein solches Gesetzbuch eigentlich praktischen Nutzen bringen? Vielleicht Jugendpolitikern wie dem CDU-MdB Rollmann, aber doch wohl nicht "der" Jugend!

So erweist sich denn die im Augenblick so plausibel erscheinende Forderung nach einem Jugendgesetzbuch bei kurzem Nachdenken als Augenwischerei. Die scheinbar große Initiative entlarvt sich als eine schriftliche Offenbarung jugendpolitischer Konzeptionslosigkeit mit der Bundestagsdrucksachen-Nummer 7/1019. Was ist das für eine Opposition, die die Bundesregierung auffordert, ein halbes Dutzend Gesetze "zu reformieren, aufeinander abzustimmen und zusammenzufassen", ohne die Inhalte und Ziele der Reform überhaupt nur anzudeuten! Unfreiwillig könnte die Opposition damit grenzenloses Vertrauen in die Jugendpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung demonstrieren. Zu bisweilen berechtigter Kritik, zur soliden inhaltlichen Alternative, zu der Unterstützung jugendpolitischer Forderungen gegen die Finanzminister aus Bund und Ländern, dazu reichte die Einsicht und Kraft nicht aus. Die Unions-Parteien haben auch hier versagt.

Der Bundestag hat einen geradezu symbolischen Oppositionsantreg beerdigt. Wenn ihm noch Tränen nachgeweiht worden sind, so können sie allenfalls vom Augenwischen kommen. (-/25.2.1976/wi/e/pr)

Bundesrepublik Deutschland im Februar 1976

Die Demokratie und der Neo-Nationalsozialismus

Sieben Monate Freiheitsstrafe mit dreijähriger Bewährung und 3.000 DM an das Deutsche Rote Kreuz: Soviel kostet es im Februar 1976 in der Bundesrepublik, wenn jemand die Existenz der Massenvernichtungsanlagen des Hitler-Regimes leugnet und behauptet, daß die Juden mit Hilfe mein- eidiger Zeugen ihre Wiedergutmachungszahlungen erhalten hätten.

Dies ist das Ergebnis des Darmstädter Prozesses gegen den rechtsradikalen Rechtsanwalt Manfred Roeder aus Bensheim. Roeder ist bereits einschlägig mehrfach von verschiedenen deutschen Gerichten belangt worden. Bereits 1971 hatte ihn das Amtsgericht Bensheim zu einer Geldstrafe von 100 DM verurteilt, als er in einem Kino im Zuge einer von ihm veranstalteten Anti-Porno-Aktion Säure versprühte. Im November 1975 wurde ein Strafbefehl von 3.000 DM gegen Roeder in Flensburg erlassen, als der Rechtsanwalt zusammen mit 60 Mitgliedern der "Bürgerinitiative Deutsches Reich" ohne Anmeldung einen "Reichstag in Flensburg" veranstalten wollte. Weiter laufen derzeit Verfahren gegen Roeder wegen der Verbreitung des Buches "Die Auschwitz-Lüge", wegen Beleidigung von Simon Wiesenthal sowie wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Beim Generalbundesanwalt schließlich ist ein Sammelverfahren anhängig, in dem Roeder die Nötigung von Verfassungsorganen sowie Volkerverhetzung vorgeworfen werden. In keinem dieser Verfahren ist Roeder bislang rechtskräftig verurteilt worden, die Strafregisterkartei in Flensburg wies Roeder bis zum Dezember vergangenen Jahres als Ehrenmann aus.

Ob das in Darmstadt gefällte Urteil Rechtskraft erlangen wird, ist ebenfalls fraglich. Denn die Justiz, so stellte der SPD-Landtagsabg. Heinz Fraas fest, muß sich fragen lassen, ob nicht bereits die Gewährung einer Bewährung im Falle Roeder ein Mißgriff war, weil dieser sogenannte Rechtsanwalt wohl zweifellos als Gesinnungstäter eingestuft werden müsse. Daß für diese Einschätzung des Urteils, auch wenn sie noch so vorsichtig formuliert wurde, sehr viel spricht, hat Roeder selbst bewiesen. Ein journalistischer Beobachter berichtete, was sich nach der Verkündung des Urteils im Landgerichtssaal in Darmstadt abspielte: "Für ein paar gespenstische Minuten herrschte jene Stimmung, wie sie die Älteren von den Reichsparteitagen oder dem Berliner Sportpalast kennen." Roeder-Verteidiger Peter Stückicht aus Stuttgart, der Roeders Erklärung von der "Lüge von sechs Millionen getöteten Juden" für sich übernahm ("Es waren ungefähr 300.000"), rief: "Das ist Unrecht!" und im Saal anwesende Sympathisanten, einige mit schwarzen Hemden und Totenkopf-Emblemen geschmückt, riefen "Deutschland erwache!", sangen die erste Strophe des Deutschland-Liedes und eines jener braunen Lieder, in denen es heißt "Ladet die blanken Gewehre, schießt auf die Vaterlands-Verräter, nieder mit der Juden-Tyrannie!"

Daß dieser Rechtsanwalt Roeder solange unbehelligt seinem schrecklichen Gewerbe nachgehen konnte, lag unter anderem auch an einem bisher ausstehenden Gutachten, das seine Zurechnungsfähigkeit beweisen sollte. In Wiesbaden wurde bekannt, daß Roeder zurechnungsfähig ist. Jetzt kann auch das Ehrengerichtsverfahren, das zurzeit bei der Rechtsanwaltskammer anhängig ist, fortgesetzt werden.

Hermann Wygoda
(-/25.2.1976/bgy/e/pr)

+ + +
Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller